

Elbinger Anzeigen.

(Elbinger Zeitung.)

Wöchentlich 2 Nummern:
Mittwoch und Sonnabends.

Preis pro Quartal in Elbing 10 Sgr.
durch die Post 12½ Sgr.

Expedition: Spieringsstraße No. 32.

Sonnabend,

No. 96.

22. November 1862

Kirchliche Anzeigen.

Am 23. Sonntage nach Trinitatis.
Feier zum Gedächtniß der
Verstorbenen.

Den 23. November 1862.

Sct. Nikolai = Pfarrkirche.

Vormittag: Herr Kaplan Schmidt.

Evangel. luth. Haupt-Kirche zu Sct. Marien.

Vormittag: Herr Superintendent Krüger.

Nachmittag: Herr Prediger Lie. Kesselmann.

Heil. Geist-Kirche.

Vormittag: Herr Prediger Dr. Lenz.

Dienstag den 25. Novbr.: Herr Superintendent Krüger.

Donnerstag d. 27. Novbr.: Quartals-Communio.

Morgens 8 Uhr: Herr Prediger Dr. Lenz.

Montag den 24. November, Abends 5 Uhr: Bibel-

stunde in der Heil. Geist-Kirche.

Kunst. evangel. Pfarr-Kirche zu Dreikönigen.

Vormittag: Herr Prediger Rhode.

Nachmittag: Herr Prediger Salomon.

Sct. Annen-Kirche.

Vormittag: Herr Prediger Wolsborn.

Nachmittag: Herr Prediger Müller.

Heil. Leichnams-Kirche.

Vormittag: Herr Prediger Reide.

Nachmittag: Herr Prediger Kriese.

Reformirte Kirche.

Vormittag: Herr Prediger Palmie.

Evangelisch-lutherische Gemeinde.

Mühlenstraße No. 6.

Vormittags 9 Uhr, Nachmittags 2 Uhr.

Freitag Abends 7½ Uhr.

Memnoniten-Gemeinde.

Im Bethause an der Reiserbahn.

Vormittags 9½ Uhr: Gottesdienst.

Zur Budgetfrage.

Größere und entferntere Dinge werden deutlicher durch Vergleichung mit kleineren und näheren.

Die Städteordnung bestimmt in §. 78. Folgendes: „Wenn die Stadtverordneten es unterlassen oder verweigern, die der Gemeinde gesetzlich obliegenden Leistungen auf den Haushalts-Etat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so läßt die Regierung, unter Anführung des Gesetzes, die Eintragung in den Etat von Amts wegen bewirken oder stellt beziehungsweise die außerordentliche Ausgabe fest.“

Die Erfahrung hatte bei der Berathung und Feststellung der Städteordnung die Unentbehrlichkeit dieser Bestimmung dargethan; es war vorgekommen, daß städtische Repräsentanten, Stadtverordnete, sich beharlich geweigert hatten, den Stadthaushalts-Etat nach dem wirklichen Bedürfnis zu genehmigen. Den Nachtheilen, welche aus solcher Weigerung pflichtvergessener oder eigenfinniger Stadtverordneten für die Stadtgemeinde notwendig entstehen mußten und erfahrungsmäßig entstanden waren, mußte vorgebeugt werden. Deshalb wurde die vorstehende Bestimmung in das Gesetz aufgenommen.

Bei der Berathung der Verfassungs-Urkunde ist Niemandem die Möglichkeit in den Sinn gekommen, daß es auch einmal eine Landes-Repräsentation, eine Majorität von Abgeordneten geben könne, welche wie jene Stadtverordneten, es verweigern, die dem Staat obliegenden Leistungen auf den Etat zu bringen. Deshalb die vielfach besprochene diesfällige Lücke in der Verfassungs-Urkunde.

Die Erfahrung hat jetzt bewiesen, daß die bei Berathung und Feststellung der Verfassungs-Urkunde als selbstverständlich angenommene Voraussetzung nicht richtig war, daß in der That eine Majorität von Abgeordneten zusammengekommen ist, welche wie jene Stadtverordneten es verweigern, die dem Staat obliegenden Leistungen auf den Etat zu bringen; daß folglich, eben so wie betreffs der Städte zur Aufrechterhaltung der Ordnung ihres Haushalts in der Städteordnung, so auch für den Staat, zur Erhaltung der Ordnung seines Haushalts, in der Verfassungsurkunde eine entsprechende Bestimmung notwendig ist. — Der Inhalt dieser Bestimmung

ergiebt sich aus der monarchischen Natur und Regierungsform unseres Staates von selbst: in Preußen hat eben der natürliche und dauernde Repräsentant des Staates, der König, überall einzutreten, wo es sich um die Interessen, die Ordnung und das Wohl des Staates handelt.

Preußen.

M. Berlin. Consternirt durch die mächtigen, in den jetzt schon fast zahllosen Adressen zum Ausdruck kommenden Kundgebungen echter Königstreue und wahrer Vaterlandsliebe, gegen welche der Abschaum der Tagespresse vergebens das Gift seines Hohns und seiner niederträchtigen Gesinnung verspritzt, wiegt die Demokratie und deren Presse sich in der Hoffnung einer baldigen Auflösung des Abgeordnetenhauses, die sie sich schmeichelt mit einem Knall-Effekt zu illustriren, indem sie nämlich wegen der Loyalitäts-Adressen der Provinzial-Landtage eine Explosion in Scene zu setzen meint, die dann die von ihr ersehnte Auflösung zur Folge haben würde. Sie giebt damit sehr das wachsende Bewußtsein ihrer Schwäche zu erkennen. Herr v. Bismarck aber müßte ein sehr einfältiger Grünling sein, wenn er durch eine so völlig verkehrte Maßregel, wie die Auflösung des Abgeordnetenhauses jetzt wäre, die ihm von der oppositionellen Majorität selbst dargebrachten Vortheile von sich stoßen, dieser zu neuer Belebung ihres hinschwindenden Daseins verhelfen und vor Allem den natürlichen Heilungsprozeß, der sichtlich bereits begonnen hat, unterbrechen sollte. Für einen solchen werden aber selbst seine Feinde ihn wohl schwerlich halten. Herr v. Bismarck hat vollständig erkannt, daß die Krankheit, von welcher Preußen befallen ist, nicht durch äußerliche Mittel, welche höchstens auch nur eine momentane äußerliche Scheinbesserung mit wachsender innerer Ungeundheit zur Folge haben könnten, zu heilen ist; sondern daß die Heilung von innen heraus geschehen muß, um eine gründliche zu sein. Daß dieser Heilungsprozeß bereits begonnen hat, ist zweifellos und un schwer zu erkennen, und Herr v. Bismarck wird ihm bloß Assistent leisten; seinen natürlichen Verlauf zu unterbrechen aber sich wohl hüten. Herr von Bismarck ist auch nicht bloß Staatsmann, sondern viel zu sehr Weltmann, um nicht zu wissen, daß jede Mode, auch die scheinbar hartnäckigste, — und wie viel gerade die Mode an der heutigen politischen Strömung Antheil hat, ist ihm keineswegs fremd — am ehesten wechselt, je mehr man ihr Zug läßt. — Die Regierung wird die Kammer, und gebhebe sie sich noch so unwirsch, ruhig in der nächsten und ev. auch in der dritten Session forttragen lassen, sie wird allen irgend berechtigten Wünschen des Volkes in ihren Gesetzesvorlagen zuvorkommend Rechnung tragen, sie wird mit erspriesslichen, das Wohl des Volkes fördernden Einrichtungen nicht zurückhalten, sie wird dabei gegenüber der Landesvertretung das rücksichtsvollste Benehmen beobachten; sie wird aber von den Rechten der Krone und ihren eigenen nicht das Mindeste preisgeben, sie wird von dem, was sie dem Landeswohl notwendig erkannt hat, nichts aufopfern; und wenn dann die Kammer-Majorität doch nicht will, wenn sie lediglich den Konflikt um seiner selbst und um der Schwächung der Krone halber will, — nun dann wird man sie ruhig ihren Gang gehen lassen; weiß man doch, wohin dieser Gang sie führen muß und wird. Ein Unglück ist's nicht, wenn die Gesetzmacherei eine Zeitlang pausirt; und wenn kein neues Budgetgesetz zu Stande kommt, so wird man sich auch mit dem alten fernerhin einrichten können. Hat der Preussische Königsstaat sich drei halbe Jahrhunderte ohne geschriebene Verfassung beholfen und sehr gut beholfen; so wird er sich wohl auch drei Jahre ohne ein neues Budgetgesetz behelfen können. Er wird sicher an diesem Mangel nicht sterben. Zu Grunde gehen

aber müßte er, wenn die Krankheit, an der er gegenwärtig leidet, durch falsche Mittel verschlimmert und zu einer chronischen gemacht würde. Sie muß gründlich und deshalb, wie gesagt, von Innen heraus geheilt werden. Dann aber wenn dies geschehen — und es dürften dazu vier bis fünf Jahre vollkommen hinreichen —, dann wird dafür gesorgt werden, daß die Lücken und Unzulänglichkeiten in der Gesetzgebung vollständig ausgefüllt und gründlich beseitigt und damit die Wiederkehr solcher abnormen Erscheinungen und verkehrten Zustände, wie sie jetzt am Staatswesen rütteln, für immer verhindert werde. Das zeitweilige Herauskommen aus momentanen secundären Unbequemlichkeiten ist gänzlich Nebensache; es handelt sich für Preußen um die Wiederaufrichtung und Befestigung der Grundlagen seiner Existenz. Dieser seiner Aufgabe ist sich Herr v. Bismarck vollständig bewußt, und er hofft sie, selbst mit leichter Hand, durchzuführen zu können.

Berlin. Noch täglich empfängt Se. Majestät der König Deputationen mit Ergebniss-Adressen; am 18. zwei, von denen die eine aus dem Marienburger Kreise, die andere aus Elberfeld und Barmen kam. Die Hulb, mit welcher der König die Versicherungen der Treue, die ihm von den Deputationen in ihrem und ihrer Ausraggeber Namen dargebracht wurden, entgegennahm, wird den Mitgliedern stets unvergesslich bleiben. Se. Majestät haben es besonders freudig hervorgehoben, aus dem östlichen und dem westlichen Theile der Monarchie gleichzeitig Kundgebungen zu hören, welche den Beweis liefern, daß die Krone noch nicht die Oberhand gewonnen hat, daß der Sitz des Uebels erkannt ist, und daß es Männer giebt, welche tapfer den harten Kampf gegen dieses Uebel aufnehmen. — Welch' ein Segen ist es, diesen Gesinnungsaustausch zwischen der Krone und den Unterthanen aus allen Ständen eröffnet zu sehen; der Zauber der doctrinären Hartnäckigkeit, die uns von unserem Könige scheiden wollte, ist gebrochen, König und Volk finden sich wieder, und werden im Bunde den Sieg über die Lüge davontragen.

— Der am 16. d. hier eröffnete Provinzial-Landtag für die Mark Brandenburg und die Niederlausitz hielt am 17. seine erste Sitzung, in welcher zuerst der Antrag auf eine Ergebniss-Adresse an Se. Majestät den König eingebracht und zahlreich unterstützt einem Ausschuß übergeben wurde. In der nächsten Sitzung am 19. wurde die Adresse einstimmig angenommen, und eine Deputation ernannt, welche dieselbe Se. Majestät überreichen wird. Aus Breslau, Stettin, Magdeburg sind bereits Nachrichten eingegangen, daß die dort versammelten Provinzial-Landtage ebenfalls Immediat-Adressen, die allgemeine Lage des Landes betreffend und die vollste Ergebniss-Adresse, beschließen.

— Die Antwort unserer Regierung an die sächsischen Zollvereinsstaaten enthält die Erklärung, daß die Versagung der Zustimmung zum Handelsvertrage als Wille angesehen werde, den Zollvereinsverband nicht fortzusetzen. Die General-Conferenz wird angenommen, aber die Verhandlung über Tariffragen sei auszuschließen.

N. — Die Holstein'sche Frage tritt in den Vordergrund. Auf die Preussische Note vom 22. August, welche die Preussischen Forderungen genau präzisirte, hat das dänische Kabinett in einer wie gewöhnlich endlosen Depesche geantwortet — absolut nichts. Auch Lord Russell hat ganz wunderbar plötzlich über die holstein'sche Sache einen so klaren Blick gewonnen, daß man ihn gar nicht begreifen könnte, wenn mit der griechischen Revolution nicht die orientalische Frage wieder aufs Tapet und die herzliche Allianz der Westmächte in Frage träte. Der edle Hans unterstützt in einer Note an Dänemark die Preussischen Forderungen ganz entschieden, und wenn auch Hall auf diese englische Note erwidert: die Gesamtverfassung Dänemarks und Schleswigs sei eine Lebensfrage, die dänische Regierung könne diese Linie nicht verlassen, und die Annahme der Vorschläge Russells würde die Existenz der

Monarchie in Frage stellen; — so ist doch klar, daß der Moment für die endliche Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage durch Preußen (eben auch wegen der wieder in den Vordergrund getretenen orientalischen Frage) der günstigste mögliche wäre, — wenn statt der bisherigen, der dänische Minister nicht einen zu guten und nützlichen Allirten in der Preussisch-deutschen Fortschrittspartei gefunden hätte, um an Nachgeben zu denken. Nie hat Dänemark einen besseren Allirten gehabt, als diese Fortschrittspartei. Denn zu der einzigen Art und Weise, dem endlosen Notendwechsel ein Ende zu machen, gehören zwei Dinge: Soldaten und Schiffe. Die Fortschrittspartei aber verweigert das Eine wie das Andere. Keine Vermehrung der Armee, kein Geld für die Flotte! Dabei aber weinen wir sentimentale Thränen über den verlassenen Bruderkamm, und wissen von dem empfindlichen Benehmen der Dänen gegen unsere „deutschen Brüder“ die haarsträubendsten Räuber geschichten zu erzählen. In der That, niemals hat die Geschichte irgend einer Zeit oder irgend eines Landes eine lächerlichere, ungesündere Partei aufzuweisen gehabt, als diese Fortschrittspartei, welche auf ihren Banketten nach dem Desser mit dem Teller umherläuft, um für die bedrängten Schleswig-Holsteiner Almosen zu sammeln und sich das, durch den Champagner erregte Gangliensystem mit dem Gedanken eines Altes nationaler Wohlthätigkeit zu fügen; und die dann anderen Tages erklärt: „Geld für die Armee haben wir nicht, und außerdem ist ja die Lage Europa's eine so zufriedenstellende, daß wir an keinen Krieg zu denken haben.“ — Komme uns Niemand mit einem „Aber.“ Diese Leute haben dasselbe „Aber“ gehabt, als unser Kabinet „Auerwald-Schwärmer“ hieß, haben es gehabt, als der König seine Proklamation vom November 1858 erließ, und sie werden es immer haben, so lange, bis ein energischer Entschluß über dieses „Aber“ und diese unterleibstranke Demagogie zur Tagesordnung übergeht. Und das Volk wird sich freudig für und mit dem Manne erheben, der es zu einem thatkräftigen Entschluß aufruft, der die Fahne Preußens hochflattern, und nicht erst eine Kammer darüber abstimmen läßt, ob die Bataillone charaktären sollen oder nicht; — für den Mann, der den alten Preussischen Feldruf durch das Land erschallen läßt: Vorwärts! Und der dies kann, weil wir glücklicherweise unsere Armees rechtzeitig organisiert haben.

Die Adresse des Pommerschen Provinzial-Landtages, welche am 19. von demselben beschlossen worden, sagt über die Heeresreform: „Wir erkennen dankbar, daß durch dieses Ew. Majestät eigenstes Werk mit gleicher Weisheit für die erhöhte Wehrfähigkeit des Landes, wie für die gerechte Vertheilung der Kriegslasten auf alle Provinzen des Staates unter Würdigung der Kräfte des Landes Sorge getragen.“ — Eine andere Stelle lautet etwa: „Wie Gott der Herr verhütete, daß die mörderische Kugel nicht ihr Ziel erreichen durfte, so wird der Allmächtige auch unpreussischen Bestrebungen ein Ziel setzen und nicht zulassen, daß das in Königsberg neu geweihte königliche Scepter geschwächt werde.“

Ganz ernste Bedenken zu erregen sind die Anstrengungen geeignet, welche in den westlichen Grenzbezirken Preußens unter den militairpflichtigen jungen Leuten an der Tagesordnung sind. Die leichte Gelegenheit, ins Ausland zu entkommen, wird von denselben in einem Umfange benutzt, daß in der letzten Nummer des Trierischen Amtsblattes aus einer einzigen Stadtgemeinde (St. Johann) 77 Leute im Alter von 22 bis 25 Jahren unter der Beschuldigung verfolgt werden, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres durch Verlassen der königl. Lande entzogen zu haben.

Die Börse am 20. war etwas fester, zum Schluß aber sehr matt. Staatsschuldscheine 90½; Preuß. Rentenbriefe 99½.

Deutschland. Kurhessen. Es geht trotz Alledem, trotz Herstellung der 1831ger Verfassung und des 1849ger Wahlgesetzes, trotz liberalem Ministerium und alledem, doch nicht. Das Ministerium hat seine Entlassung genommen und die Stände sind demzufolge auf unbestimmte Zeit vertagt. — In Hessen-Darmstadt verlangt der Adress-Entwurf des Landtages: Berufung eines Deutschen Parlaments und Schaffung einer Deutschen Centralgewalt.

Darmstadt, 20. November. (Tel. Dep.) In der heutigen Kammer Sitzung wurde der Adress-Entwurf gegen die Stimmen der Ritterschaft und des Abg. Brenner angenommen. Freiherr v. Bwe erklärte die Minoritätsansicht dem Großherzoge mittheilen zu wollen Mes wahrte das Recht der Kammer.

Oestreich. Pesth, 19. Nov. (Tel. Dep.) Der Kaiser hat den von den Kriegs-Beichten Ungarn's verurtheilten politischen Sträflingen, so wie den bereits zurückgekehrten politischen Flüchtlingen allgemeine Amnestie gewährt und die Einstellung der anhängigen Untersuchungen verordnet.

Frankeich. Schon seit mehreren Tagen sind Gerüchte von einem abermals misslungenen Attentat auf den Kaiser, auch von einer Verschwö-

nung im Umlauf. Ob dieselben eine thatsächliche Begründung haben, ist nicht bekannt; doch ist richtig, daß der Reiseverkehr auf den Bahnhöfen scharf überwacht wird und daß in den letzten Tagen zahlreiche Verhaftungen stattgefunden haben.

Großbritannien. Der „Morning-Herald“ will in der Ablehnung des französischen Vermittelungsvorschlages Seitens des englischen Ministeriums eine schwere Beleidigung des Kaisers Napoleon erblicken. Die beiden Hälfe, meint das Blatt, ständen zwar dem Namen nach noch auf freundslichem Fuße zu einander, man spreche von keiner Abberufung von Gesandten und von keinem Depeschenwechsel, der ein Recht gäbe, einen Streit voranzusetzen; aber das herzliche Einvernehmen zwischen den beiden Regierungen sei dahin, die anglo-französische Allianz sei jetzt endlich wirklich todt.

Italien. Rom. Der Papst hat den Kronprinzen von Preußen und den Prinzen von Wales empfangen. Der Kronprinz und Gemalin bleiben bis Ende November in Rom und gehen dann nach Florenz. Daß dieselben nach der Rückkehr ihre Residenz in Koblenz nehmen werden, ist unbegründet.

Turin. Der revolutionaire König V. Emanuel ist nicht so peinlich wie die anderen: er hat so eben die Gerichte in Neapel „purifizirt“ und die Richter theilweise nach dem Norden versetzt, andertheils zu Hunderten abgesetzt. Das hat er von L. Napoleon gelernt, und Frankreich und Italien geben so glänzende Beispiele von der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des Richterstandes, wie sie nur noch von Amerika übertroffen werden.

Turin, 20. November. (Tel. Dep.) In der heutigen Sitzung der Deputirten-Kammer hatte, gelegentlich der Prüfung der Wahl eines Deputirten in einem Wahlkreise der Insel Sizilien über die Gültigkeit der während des Belagerungszustandes vollzogenen Wahlen, sich die Vorfrage erhoben. Die Kammer beschloß nach kurzer Diskussion die Ungültigkeitserklärung jener Wahlen.

Griechenland. Die „France“ schreibt, die englische Regierung habe die Candidatur des Prinzen Alfred wieder aufgenommen. Ihrem Plane zufolge sollen die Republiken der Ionischen Inseln unter dem Protectorate Englands verbleiben, ihnen aber verstatet werden, Abgeordnete zur National-Versammlung nach Athen zu schicken. Der zu erwählende neue König soll zu einem Religionswechsel nicht verpflichtet sein. — Die „Trierer Ztg.“ meldet aus Griechenland, daß auf den ionischen Inseln die Demonstrationen in englischem Sinne fortbauern und die Wahl des Prinzen Alfred zum Könige von Griechenland als gesichert zu betrachten sei. (Also richtig, wie wir von Anfang vorhergesagt, ist es England, von welchem die Revolution in Griechenland angezettelt ist, und noch schneller als erwartet, entwickeln sich die Pläne Palmerston's.) Die „France“, welche gegenwärtig das Ohr des Kaisers Napoleon hat, schließt ihren Artikel wie folgt: „Europa kann die Augen zu Dem, was sich in Griechenland ereignet, nicht verschließen, denn die Thronbesteigung eines englischen Prinzen in Griechenland heißt nichts Anderes, als den Orient ausschließlich den englischen Interessen überliefern.“ In diesen Worten des officiellen Blattes liegt ein tiefer Sinn und der Ritt des „herzlichen Einvernehmens“ zwischen den Westmächten scheint mehr und mehr brüchig zu werden. — In Petras sind Aufhebungen ausgebrochen. — Nach der „Patrie“ sind der englische Gesandte in Athen und die englischen Flottenoffiziere offen für die Candidatur des Prinzen Alfred thätig.

Polen. Ein, französisches Blättern entnommenes, Telegramm aus Krakau bestätigt die Verhaftung sämtlicher Adelsmarschälle der Provinz Podolien; die Anklage laute auf Hochverrath, und der Prozeß solle vor dem Senat von St. Petersburg verhandelt werden. Aus Petersburg bringt eine Depesche günstige Nachrichten über die Finanzlage Rußlands. — Die revolutionaire Presse in Warschau bringt in ihren vier im Geheimen erscheinenden Blättern das Todesurtheil des Revolutionstribunals über den ermordeten Fellemer und die Anzeige von dessen Vollstreckung, gerade so wie die Regierung es bei Jarosinski, Apoll und Monca publicierte. Eine neue Verordnung des Revolutionstribunals befiehlt, den Großfürst-Statthalter auf der Straße nicht zu grüßen. Wer sich von der genauen Befolgung dieses Befehls überzeugen will, schaue nur um sich, wenn der Großfürst die Stadt durchfährt. Alles was kann flüchtet in die nächsten Häuser, und wer dies nicht kann, dreht sich nach der anderen Seite, denn Alle fürchten die Rache des Revolutions-Tribunals. Dabei ist die Spionage desselben aufs Vollkommenste organisiert; sie kennt alles Thun und Lassen der Einwohner fast jedes Hauses.

Sandels-Nachrichten. (Wolff's tel. Bür.)

Hamburg, 20. November. Weizen loco und ab Auswärts flau und unverändert. Roggen loco stille, ab Ostsee pr. Frühjahr unverändert und geschäftslos. Del November 29½, Mai 29½.

Verschiedenes.

Der republikanische Schweizer-Canton Aargau hat das Gesetz wegen „Einbürgerung

der Juden“ mit 10,000 Stimmen Majorität verworfen. Ein merkwürdiges Notabene!

Ein demokratisches Blatt sagt: „Zum Nationalfonds waren bis gestern eingegangen 25,989 Thlr. Unter den eingegangenen Münzsorten fanden sich auffallend viele Krönungsthaler.“ — Verstanden? —

Die „Spener'sche Ztg.“ will wissen, daß, entsprechend mehreren anderen kürzlich vorgelommenen Bürgermeisterwahlen, auch der Redakteur der „Insterburger Ztg.“, Herr Otto Hagen, bekannt geworden zu sein die wegen seiner Zeugnisverweigerung für ihn veranstalteten öffentlichen Sammlungen, für die Bürgermeisterstelle einer bedeutenden Stadt vorgeschlagen sei. (Die Sache fängt an amfängt zu werden, setzt die „D.Z.“ hinzu.)

Einige demokratische Blätter entblieben sich nicht, die Hoffnung auszusprechen, daß der gegen den Herausgeber der „Gartenlaube“, E. Keil zu Leipzig, wegen der berüchtigten Geschichte über den Untergang der „Amazone“ erhobene Proceß zum Nachtheil der preussischen Marine ausfallen werde. In der That könnte nur die schlechteste demokratische Presse, jedes preussischen Gefühls lebzig, ihre eben so nichtswürdige wie boshafte Schadenfreude daran haben, wenn gegenüber einer so tendenziösen Persiflage, wie sie jenes Blatt begangen, die Ehre der vaterländischen Marine angetastet und jener beispiellose Schandartikel straflos ausgehen sollte. (N. B. W.)

Die „Volksztg.“ hat herausgebracht, daß die jetzige conservative Bewegung ganz und gar keinen anderen Zweck hat, als — die Beseitigung der Grundsteuer. („Gott, wie moger!“) sagt der Pferdejude in den „Fliegenden Blättern.“

Einem Berliner Handwerksmeister wurde von einem Fortschrittmanne die Kundschaft mit dem Bemerkten entzogen, daß Jener sich „habe mißbrauchen lassen“, Mitglied der Deputation zu werden, welche die von dort ausgegangene Ergebenheitsadresse an Se. Majestät überreichte. (Wird der „Gemaßregelte“ nicht aus dem „Nationalfonds“ entschädigt werden?)

Der im vorigen Monat in England verstorbene Lord Wentworth, Viscount Doham, war der erbgeborene Enkel Lord Byron's, der Sohn von dessen einziger Tochter Ada. Diese hinterließ aus ihrer Ehe mit dem Earl of Lovelace zwei Söhne und eine Tochter. Der Älteste, vor wenigen Tagen an einem Brustleiden Gestorbene, welcher von seiner, vor 2 Jahren dahingewiedenen Großmutter den Titel Baron von Wentworth und mit diesem einen Sitz im Oberhause geerbt hatte, zeigte schon als Knabe einen Hang zu Abenteuern, oder war — wie Manche behaupten — schon in der Schule nicht recht bei Sinnen. Nachdem er wenige Monate in der Marine gedient hatte, verließ er heimlich sein Schiff, trieb sich als gemeiner Matrose in Amerika herum, kam später als solcher nach England zurück, lehrte aber nicht im Vaterhause ein, sondern lebte Jahre lang als gemeiner Arbeiter in den elendesten Quartieren Londons. Gewiß ist, daß er seine Verwandten miß, und statt im Ueberfluß als Erbe eines großen Hauses und Pair von England zu leben, lieber um geringen Tagelohn in einem elenden Stadtviertel lebte, und erst als er krank geworden war, bewogen werden konnte, sich der Pflege seiner Verwandten anzuvertrauen. Bei diesen ist er nun, 27 Jahre alt, gestorben, und sein jüngerer Bruder, der hcn. Mr. King, welcher den Beinamen Noel Byron führt, ist der nächste Erbe der Pairie.

Ein Buch für Alle. Der im Volke so allgemein und mit Recht beliebte Steffens'sche Volkskalender für 1863 ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig. Zahlreiche deutsche Schriftsteller, Maler und Kupferstecher haben Beiträge dazu geliefert und dem nützlichen Kalender einen Werth verliehen, der nur dazu beitragen kann, ihn in der Gunst des Publikums zu erhalten. Ohne die einzelnen Beiträge heranzählen, welche in bunter Mannigfaltigkeit vorhanden sind, wollen wir nur erwähnen, daß außer zahlreichen sauberen Holzschnittbildern zum Text auch 8 Stahlstiche mit poetischen Erläuterungen von Hermann Marggraf beigegeben sind, die durch ihre meisterhafte Ausführung allgemeine Anerkennung finden werden. Sechs vortreffliche Erzählungen bieten reichen Unterhaltungsstoff dar. Ein vollständiges Calendarium, ein Verzeichniß sämtlicher Messen und Jahrmärkte, eine genaue Genealogie, natur- und culturhistorische Skizzen und Recepte für die Hauswirthschaft zeichnen diesen Kalender vor seinen Kollegen vortheilhafter aus.

Elbing. (Mitgeth.) Die Dienstage-Sitzung des hiesigen Bürgervereins war stark besucht. Nach einer fast dreiviertelstündigen emphatischen Rede des Herrn Directors Kreyzig über den dahingefahrenen Dichter Ludwig Uhland, verbollständigigt Herr Schiffsbauemeister Nitzlaff seinen acht Tage zuvor gehaltenen Vortrag über Panzerschiffe, worauf Herr J. Claassen die in letzter Sitzung von Herrn Dr. Büttner angegriffenen Schulregulative zu verteidigen unternahm. Er machte u. A. zu ihren Gunsten geltend: wie ihr erster und letzter Zweck sei, eine praktische Lebensbildung der Elementarschüler zu erzielen; wie sie zu dem Ende davon ausgingen: daß das Kind, bevor es klar denken und urtheilen lerne, zu allererst auf dem Wege des Gedächtnisses, dem am frühesten entwickelten Geistesvermögen, einen Denkfluß empfangen müsse; daß hinsichtlich dessen es besser sei, wenig und gut, als vielerlei und oberflächlich zu lernen; daß aber jenes Wenige zugleich das Nächstliegende und Nöthigste sein müsse, also das Vaterländische nach Geographie, Geschichte, Naturkunde, vorzüglich aber das, was aller wahren, d. i. sittlichen Bildung Wurzel und Quelle sei, das Religiöse. Das Rechte Wollen und Thun sei mehr als das richtige Denken. — Der den Präparanden abgeforderte religiöse Memorienstoff sei, angesehen die vorangegangene achtjährige Schulzeit, augenscheinlich nicht zu groß. Von den Seminarien fordere das Regulativ allerdings ideale Dinge und dazu mit einer gewissen Strenge, nämlich vor Allem Selbstverleugnung aus Liebe zum künftigen hohen Beruf, eine Selbstverleugnung, die die Gegenwart freilich kaum zu würdigen verstehe, indem man wohl gar nur solche Zwecke „vernünftig“, „sittlich“ nennen höre, die der eigenen Neigung und Willkür keine Schranke setzen, übrigens mache die vom früheren Redner beanspruchte Kenntniss unserer Classiker an und für sich noch Keinen zum Gebildeten, nicht einmal die — meist sehr unklare — „Begeisterung“ für jene Classiker; anderenfalls würde man alle die, welche früher gelebt, für ungebildet halten müssen: ein schreiendes Unrecht.

Hinsichts der formalen Seite der Regulative, ihrer Verfassungsmäßigkeit, sei zuvörderst des Vortredners Behauptung: daß nur politische und keine religiösen Motive bei ihrem Erlaß die leitenden gewesen, völlig unbewiesen gelassen, so wie auch unabweisbar, und eben so die Charakteristik der Geistlichen, die Jenem zufolge der Regulative alleinige Stütze wenn nicht Urheber sein sollten. Den Namen von Bethmann-Hollweg zu nennen genüge da allein. Uebrigens habe das freilich Abgeordnetenhaus im Jahre 1860 ausdrücklich erkannt, daß „der Erlaß der Regulative für verfassungswidrig nicht zu erachten sei“, und zwar schon aus dem Grunde, weil sie keine neuen „gesetzlichen Bestimmungen“ enthielten, sondern nur die bereits zu Recht bestehenden in neuer präciserer Form zusammenfasseten, so die betreffenden Bestimmungen des Allg. Landrechts, und insbesondere des General-Land-Schul-Reglements Friedrich's d. Gr. v. J. 1763, welches übrigens noch etwas pietistischer klinge als die Kaumer'schen Regulative.

Herr Dr. Kreyzig replicirte darauf mit Nachdruck, daß die Regulative, von allen Einzelheiten abgesehen, ein entsetzliches Attentat auf die Geistesfreiheit der Lehrer begingen, diese zu geistigen Proletariern herabdrücken wollten, mit e. W., entschieden verwerflich seien.

Nach ihm ergriff der anwesende Abgeordnete, zugleich Mitglied der Unterrichts-Commission, Herr von Gortzenbeck, das Wort, und indem er der „hohen Intelligenz“ und „genauesten Sachkenntnis“ des Verfassers der Regulative, Geh. Rath Stiehl, alle Verechtfertigung widerfahren ließ, erklärte er jedoch das Produkt für pietistisch, und suchte weiterhin zu zeigen, wie unverhältnismäßig die Volksschulen und Schulen überhaupt mit staatlichen Geldunterstützungen bedacht seien gegenüber den Ausgaben für das Heer.

Endlich wies Herr Dr. Büttner noch einiges seinem Vortrage zur Last Gelegte als missverständlich ab. — Mit Verlesung der eingegangenen Fragen schloß die Sitzung.

Schwurgericht in Elbing.

Den 19. November 1862. 3. Fall. Wider die unverschelt Maria Gerdel aus Mierau und die verschelt Caroline Gerdel in Schöneberg. — Die Maria G. kam im Dezember 1861 in die Behausung des Kaufmannes Giesbrecht in Neumünsterberg, überreichte der Frau Giesbrecht einen Zettel mit der Unterschrift „G. Trepnauer.“ Nach dem Zettel verlangte Trepnauer von Giesbrecht Kaffee, Pflaumen, Reis, mehrere Ellen Rattun, Boh, Kamliott. Die Gerdel sagte: daß sie die in dem Zettel aufgeführten Gegenstände für den Hofbesitzer Trepnauer in Schöneberger-Damm entnehmen solle, erhielt darauf dieselben von der Frau Giesbrecht ohne Bezahlung und brachte sie zu ihrer Stiefmutter, der Caroline G., welche sie zur Aufbewahrung übernahm. Mit einem Zettel, „F. Claassen“ unterschrieben und ähnlichen Inhalts wie der erste, begab sich die Maria G. vor Weihnachten 1861 nach der Hakenbude des Karl Wölke zu Schönsee, händigte ihn der Frau Wölke mit der Erklärung aus, daß sie bei dem Hofbesitzer Claassen in Neuteichhinterfeld diene und die Waaren für ihn ohne Bezahlung entnehmen solle. Die Frau Wölke machte die Gerdel aufmerksam, daß Claassen mit Vornamen Johann heiße und der Zettel mit „F. Claassen“ unterschrieben sei, und verabsolgte die Gegenstände nicht. — Die Marie Gerdel hat beide Zettel fälschlich angefertigt und weder von Trepnauer noch Claassen einen Auftrag zur Entnahme der Waaren gehabt. Sie ist geständig und wird unter Annahme mildernder Umstände wegen Urkundenfälschung zu 3 Monaten Gefängniß und 10 Zhlr. Geldbuße event. 1 Woche Gefängniß und 1 Jahre Ehrverlust verurtheilt. Die wegen Hehlerei angeklagte Caroline Gerdel wird, da ihre dieselbe nicht nachgewiesen, freigesprochen.

4. Fall. Wider 1) die verschelt Anna Schmalfeldt, 2) den Arbeiter Gottfried Schalkowski und 3) die unverschelt Anna Kienast zu Pangritz-Colonie. Dieselben sind angeklagt, im Januar d. J. und zwar ad 1. und

2. mehrere Diebstähle — ad 1. einen mittelst Einbruchs — bei hiesigen Kaufleuten verübt zu haben, und Betreffs der Angeklagten ad 3., die verscheltete Fleischermeister Fabricius hier selbst vorzüglich gemißhandelt und in dem Laden derselben ein Paar Beinkleider gestohlen zu haben. — Nach der Beweisaufnahme wird von den Geschworenen gegen die 3 Angeklagten das „Schuldig“ ausgesprochen und die Anna Schmalfeldt, welche bereits 4 Mal wegen Diebstahls bestraft ist, mit 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Polizeiaufsicht, Schalkowski mit 1 Jahre Gefängniß, 1 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht und die Kienast mit 6 Wochen Gefängniß und 1 Jahre Ehrverlust bestraft.

Den 20. November. 5. Fall. Wider: 1) die unverscheltete Auguste Jaremba aus Stuhmsdorf und 2) den Arbeiter Johann Willkowski aus Marienburg. Die Jaremba ist angeklagt, im November 1861 bei dem Zimmermeister Neumann in Stuhm aus dessen Wohnhause mittelst Einsteigens mehrere silberne Löffel, einen Fußsack und andere Gegenstände entwendet und im Dezember 1861 von dem Boden des Hofbesizers Majemski in Braunsvalde 2 Säcke mit Getreide wegzunehmen versucht zu haben. Die Jaremba hat den Diebstahl bei Neumann der Wittve Willkowski und deren Sohn, dem Angekl. ad 2., mitgetheilt und letzterem den Fußsack geschenkt, den derselbe auch angenommen hat. Er ist deshalb der schweren Hehlerei angeklagt. — Nach der Beweisaufnahme werden beide Angeklagte von den Geschworenen für schuldig erklärt und von der Staats-Anwaltschaft gegen die Jaremba, welche früher bereits 12 Mal wegen Diebstahls bestraft ist, 8 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Polizeiaufsicht beantragt und vom Schwurgerichtshofe 6 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Polizeiaufsicht; gegen Willkowski, welcher noch nicht bestraft ist, dem Antrage der Staats-Anwaltschaft gemäß, 6 Monate Gefängniß, 1 Jahr Ehrverlust und Polizeiaufsicht erlassen.

6. Fall. Wider den Arbeiter Franz Galecki aus Wapliß. Derselbe ist angeklagt: vor Auflösung seiner mit Julianna Bierzbigka in Polen geschlossenen Ehe am 16. November 1851 zu Schadowalde mit Elisabeth Schlenker, und, nachdem diese verstorben, im Juli 1858 in Pestlin mit Elisabeth Deller neue Ehe eingegangen zu sein. Galecki behauptet, daß ihm von fremden Personen die Mittheilung gemacht worden, daß seine Ehefrau Julianna Bierzbigka in Polen verstorben, daß er dieser Mittheilung Glauben geschenkt und in Folge dessen sich später mit der Schlenker und, nachdem diese verstorben, mit der Deller verheiratet habe. Da das Gegenheil dieser Behauptungen nicht erwiesen worden, ist von den Geschworenen das „Nichtschuldig“ ausgesprochen und der Angeklagte freigesprochen.

(Aus dem Briefkasten.)

Welches ist wohl der Grund, daß so viele Leute sich zur Opposition und zur Demokratie halten?

„Weil tabeln leicht, besser machen aber schwer ist.“

(Aus dem Briefkasten.)

Räthsel.

Nenn' mir das Band, das stärker als die Liebe Und das auch Feinde selbst vereint: Dies Band, der schönste aller Triebe, Will, daß mit Gott man treu es meint. — Doch diesem Band sind feind die Demokraten. Warum?, es will nicht Streit und Krieg; Doch, wo es selbst in Krieg gerathen, Behält es wahrlich stets den Sieg! So nenn' es jetzt; errathen hast Du's sicher schon, Dies Band es ist: — — —

R. S. — — —

Gottesdienst der Baptisten-Gemeinde.

Kurze Hinterstraße No. 15.

Sonntag Morgens 9 1/2 Uhr. Nachmittags 4 Uhr.

Donnerstag Abends 8 Uhr

Gewerbe-Verein.

Montag, den 25. November, 8 Uhr Abends:

Ordentliche Versammlung.

Gegenstand des Vortrages:

Ueber die Londoner Industri-Ausstellung.

Zweite Bürger-Resource.

Heute: Ballotage.

Der Vorstand.

Die bereits in diesem Blatte angekündigte Concert-Aufführung zum Besten des hiesigen Rettungshauses und der Klein-Kinder-Bewahranstalten wird morgen, Sonntag den 23. d. M., im Saale der Bürger-Resource stattfinden und um 7 Uhr Abends ihren Anfang nehmen. — Billette sind à 10 Sgr. und Zerte à 1 1/2 Sgr. in der Neumann-Hartmann'schen Buchhandlung und bei den Herren Maurizio, Versuch und Waikunnis zu entnehmen. Der Kas senpreis beträgt à Billet 12, und à Textbuch 2 Sgr.

Doering.

Von morgen, Sonntag, täglich

Marzipan - Verwürgelung

in der Conditorei von

G. Hakenbeck,

Spieringsstraße No. 22.

Heute: musikalische
Abend-Unterhaltung
in der Restauration bei Ad. Bessau.

Sonntag den 24. d. Mts.: Gänse- und
Enten-Verwürgelung. Anfang 7 Uhr
Abends. F. Nickel, Berlinerstr. No. 1.

Sonntag den 23. d. Mts. findet

Ball

bei mir statt, wozu ergebenst einladet

Michael Barwich, Fischerskaup.

Amerikanische
Gummischuhe, für deren
Haltbarkeit garantire, em-
pfehle billigt

C. Gröning.

Photographieen = Albums

in schönster Auswahl, wie mein gesamntes
Lager in feinen Leder-Waaren und
Galanterie-Sachen auf's Vollständigste
vertreten.

Das Lager in Stief- und Arbeits-
Scheeren wie Taschenmesser verschieden-
ster Art wurde durch guten Zugang' vervoll-
ständigt.

Gummischuhe sind gut sortirt.

A. Teuchert.

Ein Knabe, der Lust hat Buchbinder zu
werden, findet bei mir eine Stelle.

A. Teuchert.

Es wird uns heute sehr leicht, den Kern
einer von uns vielfach besprochenen Thatsache
darzutun, wenn folgende Resultate sprechen,
welche die vorzügliche Heilkräftigkeit des vege-
tabilischen Kräuter-Haarbalsams Esprit des
cheveux aus der Fabrik von Gutter & Co.
in Berlin, Niederlage bei A. Teuchert
in Elbing, bestätigen:

Gw. Wohlgeboren! Indem ich Sie
ersuche, mir noch zwei Flaschen à 1 Zhlr.
Ihres ausgezeichneten Esprit des che-
veux zu übersenden, theile Ihnen mit,
daß ich nach Anwendung von früheren
3 Flaschen, einen schönen und dichten
Haarwuchs wiederbekommen habe. Ich
litt lange Zeit an Kopfschmerz, in
Folge dessen mein Haar ausfiel. Nun
bin ich doppelt zufrieden gestellt, ein
neues Haar besitzend, und frei von
jedem Kopfwes veranlaßt mich, Ihnen
meinen aufrichtigsten Dank zu sagen.
Hamburg, den 25. Oktober 1862.

C. F. Gerich, Kaufmann.

Alle Sorten wollene und baumwollene
Strumpfwaren, als: Hemden, Unterjacken,
Beinkleider, Strümpfe, Socken, werden billig
und gut gearbeitet und sind stets vorräthig bei
Güttel, Königsbergerstraße No. 11.

Vollständige Betten sind zu vermietthen
Lange Heil. Geiststr. No. 51., parterre, hinten.

Eine Vorderstube ist an einzelne Herren
zu vermietthen Spieringsstraße No. 4.

Circa 4 Morgen Wiesenland, kulm. M.,
in den Bollwerks-Wiesen belegen, sind zu ver-
mietthen Burgstraße No. 5.

Einem hochgeehrten Publikum die erge-
bene Anzeige, daß ich Herrenstraße 38. ein

Holz-Geschäft

ingerichtet habe, und daselbst alle Sorten
Holz, sowohl in Kloben, als kleingemacht, zu
haben sind.

A. F. Kirschner.

Brückstraße No. 3., eine Treppe hoch, ist
ein sicheres Dokument über 2000 Thaler zur
ersten Stelle, auf ein ländliches Grundstück
eingetragen, zu cediren.

Wer Junkerstraße 48. ein auf dem Wege
von da über den Kirchhof nach der Herrenstr.
verlorenes elegantes Taschenmesser mit 2 Klin-
gen, Pfropfenzieher, schöner Perlmutterschale,
neusilbernem Beschlag und mit einem runden
Loch zum Abschneiden der Cigarren, wieder-
bringt, erhält eine angemessene Belohnung.

Ausverkauf zu billigen Preisen.

Unter dem Rest meines Waarenlagers befinden sich **Gesundheitsjacken, Shawls, 5-, 6-, 8- und $\frac{10}{4}$ breite Leinwand, Winter- röcke, Beinkleider, Westen u. v. A.**

Ferd. Freundstück.

Ausverkauf!

Ich habe einen großen Theil meines Lagers im Preise bedeutend herabgesetzt und mache darauf ergebenst aufmerksam.

J. Unger,

Fischerstraße No. 2.

Frucht-, Liqueur-, Vanille-, Rosen-, Chocoladen-Bonbon, Brust-Caramellen, Chocoladen und französische Gewürzkräuter empfehlen
Rahn & Rolling.

Léon Saunier's

Buchhandlung,

in Elbing, alter Markt No. 17., empfiehlt Schreib-, Haus-, Comtoir-, Notiz-, Volks-, illustrierte und landwirthsch. Kalender, wie auch Termin-, Bau-, Forst- und Me-

dizinal-Kalender pro 1863 in größter Auswahl und zu den verschiedensten Preisen.

Geheime u. Geschlechts-Krankheiten, so wie deren Folge-übel: **Impotenz, Unfruchtbarkeit, Rückenmarksschwindsucht** etc. heilt brieflich, schnell und sicher gegen angemessenes Honorar: Dr. Wilhelm Gollmann, Wien, Stadt No. 557.

Von demselben ist auch sein bereits in 10. Auflage erschienener und bewährter **Rathgeber in allen geheimen u. Geschlechts-Krankheiten** etc. gegen Einsendung von 1½ Thaler Preuss. Ct. zu beziehen.

Eine neue Sendung von **Selb-beuteln**, von russischem Rennthierleder mit Silber- und Neusilber-schloß, zu Geschenken, ihrer Haltbarkeit wegen, sich besonders eignend, hat erhalten

E. Borishoff.

Cigarren-Abfälle

von neuen, rein amerikanischen Tabacken = 3 Pfund für 10 Sgr. = empfiehlt

Adolph Kuss.

Eine neue Zusendung von **schönen türkischen Tafel-pflaumen, schlesischer Pflaumenfreide, rheinischen Wall-nüssen, sicil. Lambertsnüssen, Malaga-Citronen, Apfelsi-nen, Feigen und Traubrosinen wie auch Schaalmandeln** erhielt und empfiehlt zu recht billigen Preisen

A. Tochtermann.

Maschinen- und Rußkohlen, in schöner Qualität, offerirt in beliebigen Quantitäten, bei freier Anfuhr, billigt

Ludwig Harms,

Comptoir: Fleischerstraße No. 15.

Apfelwein, 14 Fl. 1 Thlr., à Anker von 30 Quart 2½ Thlr., excl. ganz vorzüglich, 10 Fl. 1 Thlr., Anf. 4 Thlr., excl. Aufträge gegen Baarsendung oder Nachnahme.
Berlin. F. A. Wald.

Engl. Maschinen- u. Rußkohlen verkauft bei freier Anfuhr billigt

A. Volckmann.

Gutes Dachrohr, mehrere Hundert Schock, ist zu haben bei **Heinrichs, in Fischerskampe.**

Fünf junge wollreiche **Schaaßböcke** zur Zucht (Negretti) sind zu verkaufen in **Grunau (Höhe)** bei **H. Suttan.**

Bei **C. Wiehler in Sparau**, nahe bei'm Bahnhof Grunau, stehen 3 frischmilchende Kühe, so wie 2 fette Schweine zum Verkauf.

1 fettes Schwein hat zu verkaufen **M. Gehrmann, in Fichtthorst.**

Das **Schröter'sche Grundstück** in **Bollwerk** soll den 19. December gerichtlich verkauft werden, welches Käufern hiemit bekannt gemacht wird.

Mein Grundstück zu **Alt-Nosengarth**, unweit des Grunauer Bahnhofes, mit 22½ Morgen kulmisch, beabsichtige ich aus freier Hand sofort zu verkaufen. Käufer mögen sich bei mir melden. **Jacob Wieler, in Alt-Nosengarth.**

Ich bin Willens mein in **Wengel-walde** gelegenes Grundstück mit 16 Morgen kulmisch Maas Binneland und 3 Morgen Kampe, Strauch, Rohr und guten Wohn- und Wirthschaftsgebäuden aus freier Hand zu verkaufen. Kauflustige mögen sich melden bei **Gottfried Heinrichs, in Schwansdorf.**

Kranken und Leidenden, wie auch allen Familien, die sich portofrei an mich wenden, wird **unentgeltlich** und franco, die so eben im 18. Abdruck erschienene, mit beachtungswerthen Attesten wieder reich vermehrte Broschüre des Dr. Le Roi, Ober-Sanitätsrath, Leibarzt u., von mir zugesandt: **Die einzig wahre Naturheil-kraft**, oder rasch und sicher zu erlangende Hilfe für innere und äußerliche Kranke jeder Art. **Gustav Germann** in Braunschweig.

Heiraths-Gesuch.

Ein anständiger solider junger Geschäfts-mann, dem es an Damenbekanntschaft fehlt, sucht eine Lebensgefährtin mit einem disponiblen Vermögen. Solche darauf reflektirende junge Damen mögen Ihre Adressen unter Littr. D. G. in der Expedition dieses Blattes abgeben. — Die strengste Verschwiegenheit wird zugesichert.

Einem geehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß ich am hie-sigen Plage eine **Färberei, Moirir-, Appretir- und Wasch-Anstalt**

errichtet habe. **Seidene, wollene und baumwollene Kleider, Bän-der, Gardinen, Möbelstoffe, Teppiche** u. u. werden sauber ge-färbt, moirirt, gewaschen und appretirt. Es wird mein eifriges Bestreben sein, alle mir gewordenen Aufträge zur Zufriedenheit auszuführen und bitte ich mein Unternehmen gütigst zu unter-stützen.

Elbing, den 14. November 1862.

Heinr. Boettger,

Fischerstraße No. 27.

Gustav Schmidt

in Elbing,

empfehlte sich zur Besorgung von Kapitalien auf sichere Wechsel und ländl. Besitzungen, so wie zur Vermittelung des An- und Verkaufs von Hypotheken-Dokumenten, Werthpapieren, Landgütern und von Pachtungen.

Einem hohen Adel, wie ei-nem sehr geehrten Publikum hiemit die ganz ergebenste An-zeige, daß ich mich hieselbst als **Pianoforte- und Orgel-bauer** niedergelassen habe und empfehle mich zu Pianoforte- und Orgelbauten, so wie zum Repariren und regelmäßigen Stimmen derselben ganz er-gebenst.

Marienburg, Novbr. 1862.

C. H. Wegner,

Pianoforte- u. Orgelbauer aus Danzig, wohnhaft Kraghammer 199., vis à vis „Hotel de Leipzig.“ Auch werden Kraghammer 197. Bestellungen für mich angenommen; daselbst befindet sich meine Werkstelle.

Zur Wahl des zweiten Vorstehers und zweier Repräsentanten des Gemeindeguts der Altstadt ist ein Termin

Donnerstag den 27. November
Vormittags 11 Uhr

im Saale der Herren Stadtverordneten an-gesetzt, wozu die stimmberechtigten Mitglieder des Gemeindeguts der Altstadt mit der Ber-warnung eingeladen werden, daß die Nichter-scheinenden den Beschlüssen der Mehrheit der Anwesenden als zustimmend erachtet werden.
Der Vorstand.

Auf der **Domaine Smentau** bei Czernin ist für einen gebildeten jungen Mann eine Stelle zur Erlernung der Land-wirthschaft offen.

Yaape, Administrator.

Ein zuverlässiger herrschaftlicher Diener, unverheirathet, welcher bereits in größeren Häusern servirt hat, hierüber empfehlende Zeugnisse aufzuweisen hat, wird gesucht zum 1. Januar 1863.

Wo? sagt die Expedition der „Elbinger Anzeigen“, Spieringsstraße No. 32.

In dem ehemaligen Peters'schen Grund-stücke, Sternstraße No. 26., kann Erde, Stra-ßen-Rehrigt und Straßendung gegen Entschä-digung abgeladen werden.

Gedruckt und verlegt von **Agathon Bernich** in Elbing.
Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber **Agathon Bernich** in Elbing.

Beilage

Die Landtags-Session.

III.

Nachdem das Abgeordnetenhaus am 23. September die gesammten Ausgaben der Reorganisation pro 1862 auch im Extraordinarium abgelehnt hatte, konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß ein Gleiches um so mehr für 1863 zu gewärtigen sei, als der prinzipielle Standpunkt, von welchem wenigstens ein Theil der Majorität bei jenem Votum ausgegangen war, die Forderung einer vorgängigen gesetzlichen Feststellung, so wenig dieselbe auf das Budget für 1862 irgend eine thatsächliche Anwendung finden konnte, dagegen für 1863 und für die weitere dauernde Regelung der Angelegenheit allerdings von Bedeutung ist. Die Staats-Regierung mußte sich daher zu der Erwägung bewegen finden, ob es angemessen und heilsam sei, den Etat für 1863 erst einer Berathung unterziehen zu lassen, welche ein praktisches Resultat nicht gewähren, die Gegenläufe zwischen der Landesvertretung und der Regierung aber nur noch verschärfen konnte.

In der Regierung selbst war inzwischen eine Veränderung insofern eingetreten, als der Finanz-Minister von der Heydt, welcher stellvertretend auch den Vorsitz im Staatsministerium geführt hatte, ausgeschieden und Herr von Bismarck-Schönhausen an die Spitze des Ministeriums berufen worden war.

Als derselbe am 29. September zum ersten Male vor das Abgeordnetenhaus trat, verkündete er im Allerhöchsten Auftrage die Zurückziehung des Staatshaushalts-Etats für 1863, und motivirte diesen Schritt mit folgenden Worten:

„Nachdem das hohe Haus alle in der Reorganisation des Heeres beruhenden Ausgaben aus dem Etat von 1862 abzusetzen beschloffen hat, muß die königliche Regierung annehmen, daß dieselben Beschlüsse sich bezüglich des Etats für 1863 unverändert wiederholen werden, wenn derselbe gegenwärtig zur Berathung gelangt. Da die königliche Regierung ihrerseits ebenfalls an den Auffassungen festhält, welche durch ihre Organe bei Berathung des Budgets für 1862 vertreten worden sind, so steht zu gewärtigen, daß die Ergebnisse einer sofortigen Beschlußnahme über den Etat von 1863 der zukünftigen Erledigung der streitigen Fragen nicht förderlich sein, sondern die Schwierigkeiten derselben erheblich vermehren werden. Die bisherigen Verhandlungen haben außerdem herausgestellt, daß eine den Bedürfnissen des Landes entsprechende Feststellung des Budgets erst durch die von der königl. Regierung für die nächste Sitzungs-Periode in Aussicht genommene Verständigung über ein anderweitiges Gesetz hinsichtlich der Verpflichtung zum Kriegsdienste ermöglicht werden kann.“

Die königliche Regierung beabsichtigt nicht, den Grundsatz aufzugeben, daß die Etats in Zukunft zeitig genug vorgelegt werden, um ihre Feststellung vor dem Beginn des Jahres, für welches sie bestimmt sind, möglich zu machen. Sie hält nur in dem gegenwärtigen Falle für ihre Pflicht, die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen, als sie ohnehin sind. Sie wird im Beginne der nächsten Sitzungs-Periode den Etat für 1863 in Verbindung mit einem die Lebensbedingungen der eingetretenen Heeresreform aufrecht erhaltenden Gesetzesentwurf zur Regelung der allgemeinen Wehrpflicht und demnächst rechtzeitig den Etat für 1864 dem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorlegen.“

Diese Erklärung war durch Inhalt und Form augenscheinlich und ausdrücklich dazu bestimmt, den Konflikt, dessen Lösung für 1862 durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses fast zur Unmöglichkeit geworden war, wenigstens auf den diesjährigen Etat, an welchem thatsächlich nichts mehr zu ändern war, zu beschränken, dagegen für die weitere Erörterung und Verständigung über die Militairfrage den Weg anzubahnen. Die Zurückziehung des Etats schien unter den

obwaltenden Umständen so unerlässlich und das verfassungsmäßige Recht dazu konnte so wenig bestritten werden, daß es überraschen durfte, als die Erklärung der Regierung erst nach der Budgetkommission zu erneuerter Erwägung überwiesen wurde.

Hätte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses in Wahrheit, wie so oft versichert worden, eine verständliche Erledigung des Konflikts gewünscht, so hätte sie in dem so unumwunden ausgesprochenen Wunsche der Regierung, durch eine sofortige und vergebliche Berathung des Etats für 1863 „die Hindernisse der Verständigung nicht höher anschwellen zu lassen“, ferner in dem offenen Zugeständnisse, „daß eine den Bedürfnissen des Landes entsprechende Feststellung des Budgets erst durch die in Aussicht genommene Verständigung über ein anderweitiges Gesetz hinsichtlich der Verpflichtung zum Kriegsdienste ermöglicht werden könne“, — den dringenden Anlaß finden müssen, die dargebotene Hand zu ergreifen und nunmehr auch ihrerseits in verständlichem Geiste den Grund zu weiterer Verständigung legen zu helfen. Wenn hiergegen der Uebelstand geltend gemacht wurde, daß alsdann die Lösung der Budgetfragen für 1863 wiederum erst in das Etatsjahr selbst hineinverlegt und damit die bisherige Unregelmäßigkeit der Etatsverhältnisse verlängert würde, so lag doch auf der Hand, daß deren wirkliche Erledigung vor dem 1. Januar 1863 unter den obwaltenden Verhältnissen nicht im mindesten zu erwarten war; dagegen hatte die Regierung durch die bestimmte Zusage der rechtzeitigen Vorlage des Etats für 1864 die Gewähr gegeben, daß sie ihrerseits von der gerade durch sie erst angebahnten Einführung einer rechtzeitigen Budget-Berathung keinesweges abgehen wolle. Diese würde aber für alle Zukunft viel eher gesichert sein, wenn es durch Anbahnung einer Verständigung über die schwebenden Fragen wirklich gelänge, in der kommenden Session die Budgets für 1863 und 1864 festzustellen.

Die friedlichen Absichten der Regierung fanden jedoch keine Erwiderung: Die Budgetkommission fand sich veranlaßt, der Erklärung der Regierung folgende herausfordernde Resolution entgegenzustellen:

- 1) Die königliche Staatsregierung wird aufgefordert, den Etat für 1863 dem Hause der Abgeordneten zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme so schnellig vorzulegen, daß die Feststellung desselben noch vor dem 1. Januar 1863 erfolgen kann;
- 2) es ist verfassungswidrig, wenn die königliche Staats-Regierung eine Ausgabe verfügt, welche durch einen Beschluß des Hauses der Abgeordneten definitiv und ausdrücklich abgelehnt ist.

Durch die erste dieser Resolutionen wurde von Neuem der Versuch gemacht, in Gemäßheit der vom Abgeordnetenhaus schon früher einseitig aufgestellten Ansicht, der Regierung eine bindende Verpflichtung aufzuerlegen, welche in der bisherigen zwölfjährigen Verfassungspraxis nicht anerkannt worden war. So entschieden die Regierung ausgesprochener Maßen entschlossen war, den von ihr aus freien Stücken betretenen Weg der rechtzeitigen Vorlegung des Budgets weiter zu verfolgen, so wenig konnte sie sich dazu verstehen, eine neue Zwangsverpflichtung in dieser Beziehung anzuerkennen. Ueberdies war nach allseitiger Ueberzeugung eben gar nicht daran zu denken, daß ein Budget für 1863, wenn sie dasselbe auch noch so schnellig vorgelegt hätte, wirklich vor dem 1. Januar festgestellt worden wäre. Die Resolution konnte nur eine theoretische, prinzipielle Bedeutung, nur den Zweck des fortgesetzten Prinzipienkampfes haben und stand dadurch der verständlichen Absicht der Regierung schroff entgegen. Nicht minder war dies mit der zweiten Resolution der Fall, welche dazu bestimmt war, den ablehnenden Beschlüssen des Abgeordnetenhauses eine endgültige und allein maßgebende Bedeutung für den Staatshaushalt, im Widerspruch mit den Verfassungsbestimmungen über das Zustandekommen des Staatshaushalts-Gesetzes, zu geben.

Während nun die Regierung sich veranlaßt finden konnte, solchen Auffassungen und Ansprüchen, welche durch die Diskussion am 6. Oktober

eine noch verschärfte Bedeutung erhielten, auf das Entschiedenste entgegenzutreten, verließ sie dennoch ihrerseits die Bahn der Mäßigung und des Entgegenkommens auch jetzt noch nicht, ergriff vielmehr die Möglichkeit, welche durch ein Vindicisches Amendement dargeboten schien, auch noch in diesem letzten Stadium eine Verständigung herbeizuführen.

Herr v. Vinde schlug dem Hause vor, gestützt auf Erwägungen, welche allerdings den prinzipiellen Auffassungen und Erklärungen der Regierung unumwunden entgegentraten, zu erklären: daß die Staatsregierung, abgesehen von den in Ansehung des Etats für 1862 zu gewärtigenden weiteren Vorlagen, falls sich die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das nächste Jahr nicht noch vor dem 1. Januar 1863 herbeiführen läßt, zur Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände verpflichtet ist, noch vor Ablauf des Jahres 1862 die Bewilligung eines vorläufigen extraordinären Kredits bei der Landesvertretung zu beantragen.

In der Sitzung vom 7. Oktober erklärte der Herr Minister-Präsident die Geneigtheit der Regierung, auf diesen Antrag seinem materiellen Inhalte nach einzugehen, ohne sich jedoch seine Motive anzueignen. Die Erklärung lautete in ihren wesentlichsten Sätzen:

„Die Resolution Ihrer Kommission ist bestimmt, die Antwort zu bilden auf unsere Zurückziehung der Budget-Vorlage für 1863. Wie die Regierung bei letzterer erklärt und der Abgeordnete für Stargard gestern entwickelt hat, glaubte die königl. Regierung, indem sie die Verhandlungen über den Etat für 1863 vertagte, in verständlicher Weise die künftige Ausgleichung zu erleichtern. Die Resolution weist die dargebotene Hand zurück, sie beantwortet den Vorschlag zum Waffenstillstand mit einer Herausforderung zu schleuniger Fortsetzung des Streites. Die Regierung nimmt von dieser Thatfache Akt, ohne sich durch dieselbe in ihren Entschliesungen zur Herstellung des Einvernehmens der verfassungsmäßigen Gewalten betreten zu lassen. Sie wird die von ihr am 29. v. Mts. gegebenen Zusagen inne halten, und befindet sich hinsichtlich der regelmäßigen Vorlage der Etats in keiner prinzipiellen Meinungs-Verschiedenheit mit dem Hause. Sie hat zuerst in Abweichung von dem 12-jährigen Usus den Etat für 1863 zeitiger vorgelegt, dasselbe für 1864 in Aussicht gestellt und für die Zukunft zugesagt. Die Streitfrage, welche uns beschäftigt, enthält zwei nicht nothwendig zusammenhängende Momente, das der Militairorganisation und das der Verfassungsfrage über die Kompetenz der verschiedenen Staatsgewalten bei Feststellung des Budgets. Die letztere wurde vor 12 Jahren in und zwischen beiden Häusern und der Regierung verhandelt, ohne ausgegangen zu werden.“

Ich glaube, daß die damals nicht erreichte Lösung dieser Prinzipienfrage auch jetzt weder im Wege dialektischen Streites und persönlicher Vorwürfe gelingen, noch durch die beantragte Resolution gefördert werden wird. Rechtsfragen der Art pflegen nicht durch Gegenüberstellung widerstreitender Theorien, sondern nur allmählich durch die staatsrechtliche Praxis erledigt zu werden.“

„Nachdem in der Kommission die Haltung angedeutet worden ist, welche die königl. Regierung annehmen würde, wenn sie eine praktische Verständigung nicht zu erreichen vermag, verspricht sie sich für letztere keinen Gewinn, wenn sie mit derselben polemischen Schärfe, welche die gestrigen Vorträge charakterisirte, die Theorie der Theorie, die Interpretation der Interpretation gegenüberstellen wollte. Dazu wird die Zeit kommen, wenn die Aussicht auf eine friedlichere Ausgleichung geschwunden sein sollte.“

Das Amendement des Herrn von Vinde wurde uns erst während der gestrigen Sitzung bekannt, und da wir aus demselben die Hoffnung schöpften, einen Anknüpfungspunkt zur Vermittelung gewinnen zu können, so wünschte

das Ministerium eine Vertagung der Verhandlung, um sich über seine Stellung zu dem Amendement schlüssig zu machen. Demzufolge erlaube ich mir die Erklärung abzugeben, daß die Königl. Regierung in der Annahme des Binde'schen Amendements ein Unterpfand für die entgegenkommende Aufnahme ihrer Bemühungen zur Verständigung erblicken, und wenn die Annahme erfolgt, Vorschläge machen wird, welche auf den Antrag eingehen, ohne sich dessen Motive anzueignen und ohne die Frage wegen der verfassungsmäßigen Verpflichtung zu präjudizieren. Die im Amendement für 1862 in Aussicht genommenen Schritte würden erst dann den erforderlichen Boden finden, wenn ersichtlich wäre, daß ein Gesetz zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats nicht rechtzeitig zu Stande käme."

Auch diese Erklärung, welche von dem fortbauenden Wunsche der Regierung eingegeben war, einen Konflikt, wenn irgend möglich, zu vermeiden, fand jedoch nicht die gehoffte Aufnahme, vielmehr wurde das Binde'sche Amendement verworfen.

Durch die Annahme desselben würde, da es die Vorlagen in Betreff eines extraordinären Kredits vor Ablauf des Jahres 1862 in Aussicht nahm und da die Regierung sich mit den Erwartungen desselben einverstanden erklärt hatte, — selbstverständlich sicher gestellt worden sein, daß der Landtag noch vor Ablauf dieses Jahres wieder zusammenberufen würde, daß demselben also (wie der Herr Minister-Präsident weiterhin ausdrücklich hervorhob) auch noch in diesem Jahre die Vorlagen gemacht würden, welche die Staatsregierung in der Erklärung vom 29. September verheißt hatte, nämlich die Vorlage eines Militär-Dienst-Gesetzes und eines umgearbeiteten Budgets, — und in Verbindung damit diejenigen Vorlagen über das Budget von 1862, welche im Binde'schen Amendement selbst in Aussicht genommen waren. Vor Allem aber wäre, wie Herr v. Bismarck-Schönhausen betonte, bei Annahme des Amendements vermöge des vorläufigen Kredits für den Anfang des nächsten Jahres ein Zeitraum gewonnen worden, während dessen der Prinzipienstreit ruhen und eine verfassungsmäßig unbestrittene Lage der Sache zur Beilegung des Konflikts benutzt werden konnte.

Wer vermöchte in Abrede zu stellen, daß hiermit tatsächliche Anknüpfungspunkte für eine wirkliche und erfolgreiche Verständigung in ausreichendem Maße gegeben waren, und daß alle diejenigen, welchen in Wahrheit eine verständliche Ausgleichung des drohenden Konflikts am Herzen lag, diese praktischen Anknüpfungspunkte mit einseitiger Befreiung des Prinzipienstreites hätten ergreifen sollen, zumal darüber kein Zweifel möglich war, daß dieser Streit auf dem Boden des Budgets von 1862 unbedingt nicht mehr zum Austrag gebracht werden konnte?

Aber die Regierung eben so wie die Antragsteller hatten sich über die angeblich verständlichen Neigungen der Mehrheit, besonders der vermeintlichen Mittelpartei (des linken Centrums) nochmals getäuscht: es zeigte sich wiederum, daß Letztere rückhaltlos den Schritten der Fortschrittspartei folgte und mit dieser nicht eine verständliche (wenigstens vorläufige) Beilegung des Konflikts, sondern eine prinzipielle Unterwerfung der Regierung unter die Gesichtspunkte der Mehrheit wünschte. Die Thatsache des nochmaligen verständlichen Entgegenkommens der Regierung fand weder Anerkennung noch Beachtung, weil die Regierung sich nicht zugleich zu den Motiven des Amendements bekannt, d. h. ihre Grundsätze vom Verfassungsrecht nicht denen des Abgeordnetenhauses ohne Weiteres unterordnen wollte. Der Antragsteller, Herr v. Binde selbst hatte eine solche Unterwerfung, wie er ausdrücklich erklärte, keineswegs erwartet, und doch hatte er seinen Antrag gestellt, offenbar in der Hoffnung, damit eben praktische Anknüpfungspunkte für eine Verständigung zu geben, vorbehaltlich der späteren Erledigung des theoretischen Streites.

Die Mehrheit aber ließ den praktischen Inhalt der Anerbietungen der Regierung unbeachtet und wies die nochmals zum Frieden, zunächst wenigstens zum Waffenstillstand dargebotene Hand schroff zurück, indem sie unter Ablehnung des Binde'schen Vorschlags die herausfordernden Resolutionen der Kommission annahm.

Damit war jede Hoffnung auf eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus während der gegenwärtigen Session geschwunden.

Das Budget für 1862 war inzwischen in der verkürzten Gestalt, welche das Abgeordnetenhaus beschlossen hatte, mit Befreiung aller Ausgaben der tatsächlich bestehenden Reorganisation in's Herrenhaus gelangt. Dort walteten, da das Haus verfassungsmäßig nur das Recht hat, Staatshaushalts-Etats im Ganzen anzunehmen oder abzulehnen, eben so große Bedenken ob, den Etat, welcher in jener verstümmelten Aufstellung mit den offenbaren und berechtigten Thatsachen im Widerspruch stand und geradezu ein praktisches Un Ding war, anzunehmen, als den Staatshaushalts-Etat überhaupt abzulehnen. Die Absicht ging daher zunächst dahin, dem Abgeordnetenhaus nochmals Gelegenheit zur Erwägung und etwaigen Abänderungen jenes unausführbaren Beschlusses zu geben. Ein Theil des Hauses wollte zu dem Zwecke vor definitiver Beschlussnahme erst noch eine ausdrückliche Resolution Behufs weiteren Benehmens mit dem Abgeordnetenhaus gefaßt wissen, ein anderer Theil wollte unter Ablehnung des Etats, wie er dort beschlossen war, durch gleichzeitige Annahme des ursprünglichen Regierungsentwurfes die Stellung des Herrenhauses zu den freitigen Fragen und zur Regierung klar und positiv bezeichnen und zugleich dem Abgeordnetenhaus Anlaß zur nochmaligen Verathung geben. Die Staatsregierung, welche in den Vorberathungen namentlich jenen ersten Weg zu einer etwaigen weiteren Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus nicht von der Hand gewiesen hatte, konnte sich nach der inzwischen erfolgten Annahme obiger scharfer Resolutionen ein günstiges Ergebnis von erneuerten Verhandlungen nicht mehr versprechen.

Bei der Eröffnung der Plenarberathungen im Herrenhaus sprach der Herr Minister-Präsident unumwunden aus:

„Nach dieser (erwähnten) Resolution vermag die königliche Staatsregierung sich von einer Fortsetzung des von ihr versuchten Vermittlungs-Verfahrens einen Erfolg gegenwärtig nicht zu versprechen, muß vielmehr von einer Erneuerung der Verhandlung nur eine Verschärfung der prinzipiellen Gegensätze gewärtigen, welche die Verständigung für die Zukunft erschweren würde.“

Das Herrenhaus hat in Gemäßheit des Graf Arnim'schen Antrages den Staatshaushalts-Etat, wie ihn das andere Haus beschlossen hatte, abgelehnt und gleichzeitig dem Regierungsentwurf zugestimmt. Wenn bei diesem Votum, wie erwähnt, theilweise der Gesichtspunkt mit maßgebend war, eine wiederholte Verhandlung mit dem Abgeordnetenhaus zu ermöglichen, so hat die Staatsregierung doch nach ihrer obigen Würdigung der Stimmungen im anderen Hause hiervon einen weiteren Gebrauch nicht mehr machen wollen, sondern den Schluß der Session für geboten erachtet. Wie richtig sie gerurtheilt, wenn sie von einer Erneuerung der Verhandlung nur eine „Verschärfung der prinzipiellen Gegensätze“ gewärtigen zu müssen glaubte, dafür zeugt die Aufnahme, welche das Votum des Herrenhauses beim anderen Hause in der letzten leidenschaftlich erregten Sitzung gefunden hat.

Die Resolution, daß der Beschluß des Herrenhauses „null und nichtig“ sei, konnte zunächst eine andere praktische Bedeutung und Folge nicht beanspruchen, als daß das Abgeordnetenhaus es ablehnte, sich auf weitere Budgetberathungen einzulassen. Die Regierung hatte jedoch hierauf auch ihrerseits, wie gesagt, im voraus verzichtet und ihre bezügliche Auffassung auch nach dem positiven Beschlusse des Herrenhauses nicht geändert.

Nach allen Phasen, welche die Budgetberathung durchlaufen hatte, war es unabänderlich klar und feststehend, daß ein Etatsgesetz für 1862 durch Uebereinstimmung der Regierung und beider Häuser des Landtages unmöglich zu Stande kommen könne.

Die Staatsregierung hatte, wie wir unwiderleglich dargethan zu haben glauben, ihr ganzes Bestreben in allen Stadien der Verathung vornehmlich auf diesen praktisch wichtigen Punkt gerichtet, vorbehaltlich der demnächstigen Lösung der Prinzipienfrage, zunächst wenigstens die verfassungsmäßige Feststellung des Budgets für

1862 zu sichern und dadurch den Eintritt von Umständen zu vermeiden, unter welchen, wie schon der frühere Herr Finanz-Minister mahnend angedeutet hatte, etwas geschehen müßte, was nicht geradezu in der Verfassung vorgesehen sei. Wäre dieses Bestreben, welches sich von der Erklärung beim Eintritt in die Verathungen des Abgeordnetenhauses bis zu der Erklärung in Betreff des letzten Binde'schen Amendements in stets erneuertem Entgegenkommen unabänderlich bewährt hat, von Erfolg gewesen, so würde dem Lande die jetzige Krisis, welche eine thatsächliche Nothwendigkeit nicht hat, erspart worden sein.

Nachdem jedoch die Regierung durch die Zurückweisung aller Versuche zu einer verständlichen Lösung in eine in unserem bisherigen Verfassungsleben neue Lage versetzt ist, darf das Land aus dem bisherigen Verhalten der Regierung, aus dem fort und fort bewiesenen Streben nach einer verfassungsmäßigen Erledigung der Budgetfrage die Ueberzeugung und Zuversicht schöpfen, daß die Staatsregierung mit gleicher voller Gewissenhaftigkeit bemüht sein wird, den Konflikt, den sie zu vermeiden nicht mehr im Stande war, ihrerseits auf das möglichst geringste Gebiet, d. h. auf die fernere, unter ihrer verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit erfolgende Leistung der unerläßlichen Ausgaben für 1862 zu beschränken, nächst dem aber Alles, was Pflicht und Gewissen gebieten, daran zu setzen, um mit dem Beginn der kommenden Session die verfassungsmäßige definitive Lösung der schwebenden Streitfragen herbeizuführen und dem Lande den vollen inneren Frieden und eine ungestörte Entwicklung unserer verfassungsmäßigen Zustände wiederzugeben.

Möge das preussische Volk in dieser Beziehung dem verfassungstreuen Willen und Streben der Regierung Sr. Majestät fest vertrauen und sich in solchem Vertrauen durch Partei-Agitationen, welche die Bedeutung des Konflikts zu vergrößern und denselben zu verbittern suchen, nicht irre machen lassen, sondern der Regierung helfen, den Frieden wiederherzustellen und zu befestigen. **Allg. Pr. (Stern-) Ztg.**

Aus der Provinz.

+++ Danzig, den 20. November 1862. Die großen Wahlschlachten sind zum größten Theile vorüber, und nach den Wünschen der Partei ausgefallen, welche die größte Thätigkeit und Mührigkeit entwickelt, nämlich zu Gunsten der Fortschrittspartei. Würde die conservative Partei nur den halben Eifer bewiesen haben, wie ihre Gegnerin, so würde der Erfolg für letztere wenigstens ein zweifelhafter gewesen sein; denn während diese Alles in's Feuer gebracht hat, was nur auszutreiben gewesen ist, hatten aus der 1. Abtheilung des 1. Wahlbezirks von 978 Wahlberechtigten nur 256 und im 2. Wahlbezirk von 764 Wahlberechtigten nur 192 ihre Stimme abgegeben. Die conservative Partei hatte weder Vorberathungen veranstaltet noch Kandidaten ihrer Partei aufgestellt. Noch muß ich bemerken, daß die Anfertigung der Wahllisten, trotzdem daß sie 400 Thlr. gekostet, doch mangelhaft aus geführt ist, so daß Leute, welche bereits seit sechs Jahren auf derselben Stelle wohnen, in denselben ausgelassen waren.

Die Bürgermeistereiwahl hat für den „Kreisrichter“ Dr. Einz aus Greifswalde den Ausschlag gegeben; möge es ihm gelingen, alle Schäden der Stadt zu heilen. Seine Concurrenten waren Herr „Kreisrichter“ Lese aus Thorn, ein geborener Danziger, und Herr Stadtrath Ludwig von hier, ein ditto. Letzterer war wohl nur honoris causa aufgestellt, da während seiner zwölfjährigen Dienstzeit eine fast ununterbrochene Krankheit ihn von einer erfolgreichen Thätigkeit in seinem Amte sehr oft abgehalten hat. Uebrigens ist derselbe vor Kurzem auf's Neue zum besoldeten Stadtrathe erwählt; möge sein Gesundheitszustand nur ein dauerhafterer werden! — Es werden also mit Neujahr fast alle Häupter unserer Stadt erneuert; der Oberbürgermeister, Bürgermeister und ein Theil der Stadtverordneten. Bei der Wahl der Letzteren sind die halb- und ganzinvaliden Kämpfer, über welche ich Ihnen neulich Mittheilung machte, unberücksichtigt geblieben.

Gestern, am Namenstage der Königin-Wittve, hatten die hiesigen Führer des Preuß. Volks-Vereins im Saale des Schützenhauses für die Mitglieder dieses Vereines und deren conservative Freunde ein Concert veranstaltet, welches sowohl durch die Ausführung, wie auch durch den zahlreichen Besuch sich eines glänzenden Erfolges erfreute. Herr Schulath Wantrup nahm Gelegenheit, in einer kurzen, aber wie gewöhnlich geistreichen und gemüthvollen Ansprache auf die Bedeutung des Tages für die Anhänger aller christlichen Confessionen hinzuweisen, da derselbe der heiligen

Malmö, den 20. November 1862.

P. P.

Hiermit beehre ich mich Ihnen anzuzeigen, daß ich mein seit vielen Jahren unter der Firma **J. G. Schwartz** in Elbing geführtes **Ledergeschäft** geschlossen habe. Die Gebäude und das Waarenlager habe ich meinem langjährigen Mitarbeiter und Geschäftsführer Herrn **Ludwig Tertz** verkauft.

Indem ich für das mir gewährte Vertrauen meinen besten Dank sage, bitte ich, es auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Achtungsvoll

Eleonore Amalie Schwartz,
verehelichte v. Neindorf.

Auf vorstehende Anzeige höflichst Bezug nehmend, erlaube ich mir hierdurch mitzutheilen, daß ich das von mir heute übernommene **Ledergeschäft** in der bisherigen Weise unter der Firma **Ludwig Tertz** fortsetzen werde. Ich bitte, mich mit demselben Vertrauen beehren zu wollen, dessen sich meine geehrte Vorgängerin stets zu erfreuen hatte, und werde solches jeder Zeit durch strenge Reellität rechtfertigen.

Achtungsvoll

Ludwig Tertz.

Der Ausverkauf zurückgesetzter Waaren

wird bis zum Weihnachtsfeste fortgesetzt und sind demselben neuerdings wieder verschiedene Artikel beigegeben worden, darunter hübsche Kleiderstoffe in reiner Wolle, Halbwohle, Halbseide und Barege. — Ganz besonders erlaube ich mir noch auf eine große Partie schwarzer und couleurter Seidenstoffe aufmerksam zu machen, die zu außerordentlich billigen Preisen geräumt werden sollen.

August Wernick.

Eine große Parthie zurückgesetzter Waaren habe ich zum Ausverkauf gestellt, und erlaube mir dieselben zu sehr billigen Preisen zu empfehlen.

Albert Mach,

Fischerstraße No. 42.

Im Hause des Herrn Janzen sen., Neuß. Mühlenendamm No. 5a., verkaufe ich aus der Fabrik meiner Eltern zu Blauen in Sachsen Weißstickereien zu Fabrikpreisen, und empfehle eine neue Sendung schöner Kragen, Kragen mit Manschetten, Taschentücher, Streifen, Einsätze und glatte Stoffe zur geneigten Beachtung.

Auch werden daselbst Vorzeichnungen zu Damenarbeiten ausgeführt.

Berw. Dr. Leistner.

Westind. Ananas in Blechbüchsen, eingem. und candirten Ingber empfiehlt

Arnold Wolfeil.

Aechte Havanna-, Manilla-, Bremer, wie Hamburger Cigarren,

in abgelagerter Waare, empfiehlt

Arnold Wolfeil.

Ein Repositorium nebst Lombant steht zum Verkauf:

Königsberger Thor No. 4. u. 5.

Ein bezogener Reisepelz ist billig zu verkaufen

Leichnamstraße No. 58.

Auktion

Donnerstag den 27. d. Mts., Vormittags 9 Uhr, in dem Gasthause Ziegelscheunstraße No. 3,

bestehend in verschiedenen Meubles, Haus- und Küchengeräth, diversen Lampen, 1 Clavier, 1 Zieh-mangel, Brenn-Material, bestehend in Maschinenöhlen, Torf und Holz, Spkartoffeln verschiedener Gattung, und noch mehrere andere Gegenstände. — Hiezu ladet Ein geehrtes Publikum ganz ergebenst ein

Carl Schimohr, Gastwirth.

Sch bin wieder versehen mit mehreren Sorten Federn und zwei Sorten Daunen.

Wittwe F o ß, Königsbergerstraße No. 28.

Ein noch fast neuer Bärenpelz ist zu verkaufen

Hospitalsstraße No. 2., parterre.

Ein guter, wenig gebrauchter Berdeckschlitten, sowie diverse hölz. Kisten, Tonnen, Packleinwand, Packpapier ist billig zu kaufen. Näheres in d. Exped. d. Bl.

Ein weißer Ofen mit Koch- und Bratofen ist billig zu verkaufen

Neußerer Mühlenendamm No. 34.

Ein fast neuer, eisenariger, starker Arbeitswagen und ein Chausseewagen stehen billig zum Verkauf in Englisch-Brunnen.

Ein noch wenig gebrauchter einspänniger Jagdschlitten, auch ein Haufen Pferde-dünger ist zu verkaufen

Innerer Borberg No. 2.

Sonnabend den 29. November c. Vormittags 12 Uhr wird eine Stute hieselbst vor dem „Deutschen Hause“ verkauft werden.

B ö h m.

Eine Kuh, die innerhalb acht Tagen kalben soll, steht zum Verkauf bei

Heinrich Lange, in Damerau.

Das Haus E. Hinterstraße 27., mit einem Ladenlokal verbunden, in welchem schon viele Jahre rentable Geschäfte betrieben, ist zu verkaufen. Näheres daselbst, 3 Treppen.

Fischerstraße No. 29. ist eine Wohngelegenheit mit allem Zubehör zu vermieten und sogleich zu beziehen.

Die Preussische Mühlen=Asseranz=Societät zu Berlin, welche noch in der Organisation begriffen, nimmt bereits Anmeldungen zur Versicherung von Mühlen=Establissemments und Zubehör zu den billigsten Prämien, und versichert die Gegenstände zum vollen Werthe und ohne Zahlung von Legegeldern.

Jede nähere Auskunft ertheilt bereitwilligst Der Haupt-Agent

Eduard Feick,

Comtoir: Kettenbrunnenstr. No. 7. Elbing, im November 1862.

Geschäfts=Verlegung.

Mit dem heutigen Tage verlege ich mein Colonial-Waaren-Geschäft aus dem bisherigen Lokale in mein neugebautes Haus, **Königsberger Thor 4. u. 5.**, welches meinen werthen Kunden hiemit ergebenst anzeige und um Erhaltung des mir bis jetzt geschenkten Wohlwollens bitte.

Elbing, den 17. November 1862.

Joh. Mierau sen.

H. Baumbach's Commandite,

Commissions-, Expeditions- und Getreide-Factorei-Geschäft, Elbing,

vertreten durch Herrn **Louis Pohl.** Comptoir: Neustädtische Schmiede-strasse No. 19., neben Hrn. A. Douss.

Ein im Schnitt- und Material-Geschäft gewandtes Laden-Mädchen sucht zu Neujahr oder gleich eine Stelle. Zu melden bei Gesindevermieterin **Freideck**, kurze Hinterstraße.

Ein ordentlicher Bursche kann in die Lehre treten bei **A. Neufeldt**, Klempnermeister.

Ein tüchtiger Viehfutterer findet einen sehr guten Dienst. Meldungen in der Expedition dieses Blattes.

Ein Bestek von gut erhaltenem Tischlerhandwerkzeug wird zum Ankauf gesucht
Brandenburgerstraße No. 2.

1 Thaler Belohnung

Demjenigen, welcher über den Verbleib des Eimers mit Milch, welcher am Dienstag Abends in der neust. Wallstr. gestohlen wurde, Auskunft geben kann. Der Eimer war mit 3 messingnen Reifen versehen und einem eisernen Bügel mit 2 messingnen Knöpfen. Die ebenfalls gestohlene Pehde ist grün gestrichen. **Tollsdorf**, auß. Marienb.-D. 3a.

„Kronungs-Halle.“

Heute Abend den 22. d. Mts.: Wurst-Picknick.

Tanz für Bürgerfamilien

findet Montag den 24. November bei mir statt, wozu freundlichst einladet Herrmann Krüger.

Tanz für Bürgerfamilien

Montag, den 24. November, in der „Berg-Halle“, wozu einladet **F. W. Dbrilatis.**

Zu meinem Abschiede als Gastwirth findet Montag den 24. d. noch **Tanzvergnügen** statt, wozu ergebenst einladet.

Carl Schimohr, Gastwirth.

Sonnabend den 22. d. Mts. werden bei mir Gänse verwürfelt. Ich bitte um zahlrechen Besuch.

Neufirch. G. Bessau.

Sonnabend, den 22. d. Mts.: **Gänse-Verwürfelung**, wozu einladet

Cor. v. Riesen,

in **Clemensfähre.**

Sonntag, den 23. d. Mts.: **Gänse-Verwürfelung**, wozu einladet

Schröter.

Wickerauer Waghude.

Gedruckt und verlegt von Agathon Wernich in Elbing. Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber Agathon Wernich in Elbing.